

Freie Fahrt für Fische

Umweltschützer fordern bei einem Termin mit SPD-Abgeordneten endlich die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. Vor allem Aufstiegshilfen für Kiementiere seien unentbehrlich

Von Thomas Hossfeld

Regensburg. „Die Umsetzung der verbindlichen Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRR) in Deutschland ist völlig unzureichend“, schimpfte Peter Hirmer, Sprecher Arbeitskreis Wasser beim Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Bayern am Donnerstag beim Blick auf das Pfaffensteiner Wehr. Dort ging es um offenbar nicht vorhandene Fortschritte der in der WRR geforderten Aufstiegshilfen für Fische.

Initiiert hatte den Termin die SPD-Bundestagsabgeordnete Carolin Wagner. Vor Ort waren zudem der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Träger und Josef Paukner, Regionalreferent für die Oberpfalz im Bund. Laut ihm gibt es seit dem Jahr 2000 bereits die WRR.

Bis zum Jahr 2015 hätten demnach alle Gewässer in Bayern in Ordnung sein müssen, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten für Fische, die bis zu 200 Kilometer zu ihren Laichgründen aufsteigen zu können. Das setze eine entsprechende Durchlässigkeit der Fließgewässer voraus: „Die Umsetzung ist mittlerweile bis 2027 immer wieder verlängert worden, aktuell sind wir



Die Bootsgasse südlich des Wehrs war als Fischaufstiegshilfe gebaut, von Naturschützern allerdings von Anfang an als ungeeignet abgelehnt worden.

Fotos: Thomas Hossfeld



Diskutierten über die Folgen der nicht umgesetzten Wasserrahmenrichtlinie (von links): Carolin Wagner, Carsten Träger, Peter Hirmer und Josef Paukner.

in der vierten Priorisierung“, erklärte Paukner. „Passiert ist nix!“

Eine ganze Generation lang wird nichts passieren

Sei es anfangs um die mangelnde Erkenntnis über die Zuständigkeit der Behörden für solche Aufstiegshilfen gegangen, gebe es seit 1. März 2010 die klare Ansage, dass die Bundeswasserstraßenverordnung (BWV), angesiedelt im Verkehrsministerium, für die Durchgängigkeit vor allem auch der Staustufen zuständig sei. „2021 hat der Bundestag dann beschlossen, dass die Verordnung endlich umgesetzt werden müsse“, sagte Josef Paukner zu der Situation.

In der Praxis für das Stauwerk Pfaffenstein, eines der größeren in Bayern, sei die Umsetzung jetzt allerdings erst für 2045 geplant: „Für etwas, das seit 2010 gefordert ist!“, echauffierte sich Paukner. Das Ziel der Umsetzung der WRR sei es, kleinere Flüsse und Bäche freifließend zu machen und sich bei großen, wie etwa der Donau, konkret Gedanken darüber zu machen, wie sie durchgängig gemacht werden könnten. Allerdings, so Paukner: „Man muss es halt endlich machen!“. In der Richtlinie sei beispielsweise eine „aktive Beteiligung der Öffentlichkeit“ vorgeschrieben. Allerdings gebe es lediglich eine Internetseite

sowie das Bayerische Wasserforum, die sich des Themas annähmen.

Nur noch wenige Laichgebiete

„Wir bohren dauernd nach beim Bund“, stellte Paukner fest, allein, es helfe nicht. Peter Hirmer, der Sprecher des Arbeitskreises Wasser beim Bund, erläuterte die Dimensionen, um die es bei der Fischwanderung geht: „Mitteldistanzwanderer legen bis zu 200 Kilometer zurück, um zu ihren Laichplätzen zu kommen“. Von diesen Laichgebieten gebe es in Regensburg und Umgebung nur noch wenige, etwa vor dem Stauwerk in Geisling, aber auch am Pfaffensteiner Wehr. Die Fische bräuchten dafür sandige oder kiesige Böden und ein freifließendes Gewässer, so, wie die Donau zwischen Pfaffenstein und Steinerne Brücke, oder eben in Geisling. Deshalb wehre sich der Bund auch massiv gegen die dort geplante Surfwelle, ebenso gegen das am Regen bei Pielmühle geplante Kraftwerk.

Das Problem bei Fischen: Sie sterben leise aus

Viele der alten Donau-Fischarten seien akut vom Aussterben bedroht, erklärte Paukner und nannte Nasen, Frauennerrflinge, Schretzen,

Zingl oder Streber als Beispiele. Diese würden zunehmend durch invasive Arten wie die Schwarzmundgrundel (auch: Schwarzmeergrundel) ersetzt. Deshalb sei es umso wichtiger, den bedrohten Arten die Durchgängigkeit der Flüsse zu ermöglichen. „Das Problem bei Fischen ist, anders, als bei Vögeln, dass man sie nicht sieht. Sie sterben langsam und leise aus“, brachte es Paukner auf den Punkt. Das habe vor Kurzem auch der Biologe Jörg Brandtner vom Wasserwirtschaftsamt bei einem Vortrag bestätigt: „Die alten Arten verschwinden, stattdessen erleben wir eine Mc-Donaldisierung“, überall der gleiche Fisch, weil überall der gleiche Flussausbau zu beobachten sei.

Der Forderung der Naturschützer, der Bund müsse nun endlich in die Gänge kommen und die WRR umsetzen. Zumal das Geld dafür – etwa 80 Millionen Euro pro Jahr, insgesamt über 400 Millionen Euro – da sei, schlossen sich auch die beiden Abgeordneten Carolin Wagner und Carsten Träger an. Träger sagte, es sei aktuell eine sehr gute Gelegenheit, das Thema in den Wahlkampf einzubringen. Wagner kündigte an, nach der Bundestagswahl Ende Februar die überparteiliche Parlamentariergruppe „Freifließende Flüsse“ nach Regensburg einzuladen und sie mit dem Thema zu konfrontieren.

Diskussionsabend: Die Grünen und die Zukunft

Regensburg. (red) „In die Zukunft wachsen!“ – unter diesem Motto steht eine Diskussionsveranstaltung mit der Spitzenkandidatin der bayerischen Grünen Jamila Schäfer und dem Regensburger Bundestagskandidaten Stefan Schmidt. Diese findet laut Pressemeldung am Freitag, 24. Januar, um 19 Uhr im Leeren Beutel statt.

Wie gestalten wir ein Land, das einfach funktioniert? Wofür müssen wir dringend Geld investieren? Und woher soll das Geld kommen, ohne beim Sozialen zu kürzen? Diesen Fragen wollen sich Schäfer und Schmidt zunächst in Statements widmen, ehe die Diskussion für das Publikum geöffnet werden soll. Der Einlass ist ab 18.30 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Pumpstation beschädigt

Nittendorf. (red) An der Abwasserpumpstation in Aichkirchen ist im Zeitraum von Sonntag, 10 Uhr, bis Dienstag, 16 Uhr, die Verglasung der Zugangstür mit einem Stein eingeschlagen worden. Der Schaden beläuft sich laut Polizei auf 1500 Euro. Blutanhaftungen deuten darauf hin, dass sich der Täter verletzt hat. Die Auswertungen der Polizei laufen.

Hotel Weidenhof erneut ausgezeichnet

Regensburg. (red) Bürgermeister Ludwig Artinger hat am Mittwoch im Kurfürstenzimmer des Alten Rathauses im Namen des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz die Urkunde des Umwelt- und Klimapakt Bayern an das Hotel Weidenhof überreicht. Für das Hotel, das auf eine 100-jährige Geschichte im Herzen von Regensburg zurückblicken kann, nahm Katharina Neumeier bereits zum zweiten Mal eine Urkunde entgegen. Der Betrieb war 2021 bereits ausgezeichnet worden.

Der Umweltpakt wurde 1995 ins Leben gerufen. Im aktuellen Umwelt- und Klimapakt arbeiten die Bayerische Staatsregierung, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die Bayerische Industrie- und Handelskammer und der Bayerische Handwerkstag daran, Lösungen für Umweltthemen zu entwickeln. Dass ökologisches und ökonomisches Handeln zusammenpassen, beweise das Hotel Weidenhof durch die unterschiedlichsten Maßnahmen wie Einweisung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen, 100-prozentigen Bezug von Ökostrom, den Verzicht auf Produkte, die Mikroplastik enthalten, oder den Einsatz von LED Leuchtmitteln, heißt es in einer städtischen Pressemitteilung im Rahmen der Auszeichnung.

Der Betrieb zeige, dass Nachhaltigkeit durchaus praktikable Realität sein könne. So verwende das Hotel überwiegend regionale Lebensmittel, stelle Gästefahrräder zur Verfügung und empfehle die Nutzung des ÖPNV. Das trage „ganz besonders zum Umweltschutz vor Ort bei“.



Geschäftsführerin Katharina Neumeier und Bürgermeister Ludwig Artinger. Foto: Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser

„Modernster Dienstleister Europas“

Klares Ziel vor Augen: Andrea Nahles krempelt die Bundesagentur für Arbeit um

Von Burkhard von Grafenstein

Regensburg. Über die Digitalisierung und den Einsatz von KI und Cloudlösungen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) sprach Andrea Nahles, seit 2022 Chefin dieser größten deutschen Behörde, am Mittwoch an der Universität. Ihr Ziel: Die Bundesagentur soll der „modernste digitale Dienstleister Europas“ werden.

Der Titel ihres Vortrags lautete „Zeitenwende bei der Agentur für Arbeit“, was jedoch nicht heißt, dass die IT-Revolution bei der BA mit der außen- und sicherheitspolitischen Zeitenwende, die Bundeskanzler Olaf Scholz im Gefolge des Ukrainekriegs ausrief, näher zu tun hätte. Vielmehr ist eine IT-getriebene Zeitenwende in Wirtschaft und Gesellschaft gemeint, wie Professorin Susanne Leist von der Universitätsleitung in ihren einleitenden Worten ausführte.

Cloudbasierte Lösung zum Schutz sensibler Daten

Nahles verdeutlichte die Umbauarbeiten in ihrer Behörde. Zunächst würden die eigenen Prozesse optimiert und schließlich automatisiert



Andrea Nahles setzt auf die Digitalisierung der Bundesagentur für Arbeit.

Foto: Burkhard von Grafenstein

werden. Diese „Selbstüberprüfung“ finde statt, ohne dass irgendein Skandal den Anlass dafür gegeben hätte, betonte Nahles immer wieder. Früher hätte die IT nur die Beschäftigten betroffen, mittlerweile betreffe sie auch alle Kunden.

Für 2,7 Millionen Arbeitslose sind

die 113 000 Beschäftigten der BA zuständig, dazu kommen noch die Kindergeldbezieher. Um die enormen Datenmengen zu speichern, gehe die BA in die Cloud, so seien sie geschützt – etwa vor Hochwasser. Ziel sei im Hinblick auf die Unberechenbarkeit künftiger US-Präsidenten eine europäische Cloud, sodass Daten nicht mehr in die USA geschickt werden müssten.

Nahles räumte ein, dass die Sozialdaten der BA besonders sensibel seien. Sorge bereiten ihr daher Hackerangriffe, die insbesondere seit Ausbruch des Ukrainekriegs an Intensität zugenommen hätten und konzertiert vorgetragen würden. Jedoch habe die Behörde ein hervorragendes Computer Emergency Response Team (CERT) und sei für Abwehr entsprechender Angriffe sehr gut aufgestellt.

Bislang oft Ermessensentscheidungen

Im großen Stil sollen in der Bundesagentur KI-Lösungen zum Tragen kommen, wobei Nahles den Beschäftigten versicherte, dass deswegen niemand gekündigt werde. Es sei ja so, dass die BA in den nächsten Jahren massiv Mitarbeiter an

die Rente verliere. Die demografische Lücke könne durch Digitalisierung und Automatisierung gefüllt werden, ohne dass Entlassungen nötig wären.

Sie sehe auch, dass die BA bei der Pionierarbeit, die derzeit geleistet werde, immer wieder in Bereiche komme, für die es noch keine gesetzlichen Vorschriften gebe. Man habe sich „auf eine große Reise begeben“. Dies ist für Nahles jedoch kein Grund, nicht weiter voranzugehen, die Regulatorik müsse eben nachziehen. Mit Fragen des KI-Einsatzes beschäftige sich bei der BA eine eigene Ethik-Kommission. Derzeit gebe es viele Ermessensentscheidungen. Unter Juristen gibt es die Meinung, die KI schränke das Ermessen ein, während Nahles die Entscheidungsvorschläge der KI als Hilfe sehe.

Nahles sprach als Gast bei der 16. „roots lecture in economics“, die vom wirtschaftswissenschaftlichen Alumni-Verein „roots“ und dem Institut für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie organisiert wird, federführend ist hier Professor Jürgen Jerger aktiv. In der anschließenden Fragerunde meldeten sich Fachleute verschiedener Behörden und Unternehmen zu Wort.